

Niklas Wielandt

# Die einseitig verpflichtende Schuldzusage

Eine rechtsvergleichende Untersuchung  
des abstrakten, kausalen und nicht  
rechtsgeschäftlichen Schuldanerkenntnisses  
und Schuldversprechens nach deutschem  
und englischem Recht



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	XIX
<b>Einleitung</b> .....	1
<b>1. Kapitel: Das Instrument der Schuldzusage</b> .....	1
§ 1. Thematik der Arbeit.....	1
§ 2. Gang der Arbeit.....	3
<b>1. Teil: Das deutsche Recht</b> .....	5
<b>2. Kapitel: Schuldversprechen und Schuldanerkennnisse im deutschen Recht</b> .....	5
§ 1. Überblick und Begrifflichkeiten.....	5
§ 2. Normzweck und dogmatische Grundlagen.....	7
§ 3. Das negative Anerkenntnis.....	9
§ 4. Das Anerkenntnis im Prozess.....	10
<b>3. Kapitel: Die abstrakte Schuldzusage im deutschen Recht</b> .....	12
§ 1. Historische Entwicklung der abstrakten Schuldzusage.....	12
§ 2. Abschluss und Wirksamkeit.....	16
I. Tatbestandliche Voraussetzungen.....	16
1. Einseitig verpflichtender Vertrag.....	16
2. „Leistung“ als Gegenstand des Versprechens.....	17
a. Abstraktheit und Bedingbarkeit.....	18
b. Abstrakte Schuldzusage und öffentlich-rechtliche Rechtsbeziehungen.....	18
c. Anerkenntnis einredebehafteter und unvollkommener Verpflichtungen.....	19
3. Wille zur selbständigen Verpflichtung.....	19
4. Formerfordernis der Schriftlichkeit.....	22
II. Verhältnis zwischen abstraktem Schuldvertrag und Kausalgeschäft ..	24
III. Wirksamkeitsmängel.....	26
1. Mängel des abstrakten Schuldvertrages selbst.....	26
a. Allgemeinen Wirksamkeitsvoraussetzungen für Verträge.....	26
b. Irrtum über Inhalt und Bestand des Kausalverhältnisses.....	26
c. Klauselverbot des § 309 Nr. 12 BGB.....	27
2. Mängel des Kausalgeschäftes.....	27
a. Anerkenntnis einer unvollkommenen Verbindlichkeit.....	27
b. Gesetzes- oder Sittenwidrigkeit des Kausalgeschäftes.....	28
IV. Kondizierbarkeit des abstrakten Schuldvertrages.....	29
1. Abstraktes Schuldanerkennntnis und abstraktes Schuldversprechen als „Leistung“ im Sinne des § 812 I BGB.....	30
2. Fehlen des Rechtsgrundes.....	31

a. Das Kausalverhältnis als Rechtsgrund des abstrakten Schuldvertrages .....	31
b. Die „besondere Abrede über die Hingabe des Anerkenntnisses“ als Rechtsgrund .....	32
(1) Die Notwendigkeit der Konstruktion einer „Rechtsgrundabrede“ .....	32
(2) Die Lehre von dem objektiven Rechtsgrund .....	33
(3) Kritik an der Figur der Rechtsgrundabrede .....	34
(a) Verknüpfung von Kausalverhältnis und Rechtsgrundabrede über die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage ..	35
(b) Verknüpfung von Kausalverhältnis und Rechtsgrundabrede als einheitliches Rechtsgeschäft im Sinne des § 139 BGB? .....	35
c. Der Sicherungszweck als hinreichender Rechtsgrund des abstrakten Schuldvertrages .....	37
(1) Parallele zum Sicherungsmittel der Bürgschaft .....	37
(2) Schlussfolgerungen für das abstrakte Schuldanerkennnis .....	38
(3) Lehre von dem subjektiven Rechtsgrund .....	39
d. Zusammenfassung .....	40
3. Ausschluss der Kondizierbarkeit des abstrakten Schuldvertrages ....	40
a. Anwendbarkeit der bereicherungsrechtlichen Ausschlussstatbestände .....	40
b. Konditionsausschluss kraft Parteiwillens bei endgültiger Feststellung durch die Parteien .....	43
§ 3. Kritik der Lehre am Institut der abstrakten Schuldzusage .....	46
§ 4. Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsgeschäften .....	48
I. Abstraktes Schuldanerkennnis und einseitiges Schuldanerkennnis .....	48
II. Abstraktes Schuldanerkennnis und kausales Schuldanerkennnis .....	49
III. Abstraktes Schuldanerkennnis und Vergleich .....	50
IV. Abstraktes Schuldversprechen und Garantievertrag .....	51
§ 5. Anwendungsbereiche in der Praxis .....	52
I. Bürgerlich-rechtliche Erscheinungsformen .....	52
1. Schuldanerkennnis als Mittel der Kreditsicherung .....	53
2. Annahme der Anweisung gemäß § 784 BGB .....	54
II. Wertpapierrechtliche Erscheinungsformen .....	55
1. Wertpapierrechtliche Verpflichtungstatbestände .....	55
2. Umdeutung unwirksamer wertpapierrechtlicher Verpflichtungen in abstrakte Schuldversprechen .....	56
III. Bankrechtliche Erscheinungsformen .....	57
1. Mitteilung der Akkreditiveröffnung .....	58
a. Allgemeines .....	58

b. Rechtliche Qualifizierung der Mitteilung beziehungsweise Bestätigung der Akkreditiveröffnung .....	60
c. Zusammenfassung .....	61
2. Gutschrift des Überweisungsbetrags auf dem Empfängerkonto .....	62
a. Allgemeines .....	62
b. Rechtliche Qualifikation der Kontogutschrift .....	63
c. Die Rechtslage bei mängelbehaftetem Girovertrag .....	64
d. Zusammenfassung .....	65
3. Konstruktion und Abwicklung des Kreditkartengeschäfts .....	65
a. Allgemeines .....	66
b. Rechtliche Qualifikation des Verhältnisses zwischen Vertragsunternehmen und Kreditkartenunternehmen .....	66
c. Die Rechtslage bei Missbrauch der Kreditkarte .....	68
d. Zusammenfassung .....	69
4. Das electronic-cash-System zur sog. point of sale-Zahlung .....	69
a. Allgemeines .....	70
b. Der Anspruch des Händlers gegen das kartenausgebende Bankinstitut .....	70
c. Die Rechtslage bei Missbrauch des POS-Systems .....	71
d. Zusammenfassung .....	73
IV. Schuldversprechen als Teil der Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	73
V. Sonstige Fälle aus der Rechtsprechung .....	75
1. Feststellung und Mitteilung der Bilanz einer Personengesellschaft .....	75
2. Saldoanerkennnis beim Kontokorrent .....	76
a. Kontokorrentverhältnis .....	77
b. Rechtsnatur des Saldoanerkennnisses .....	78
c. Wirkung des Saldoanerkennnisses .....	78
(1) Novierende Wirkung .....	78
(2) Kritik an der Novationstheorie .....	79
d. Zusammenfassung .....	80
§ 6. Zusammenfassung .....	80
<b>4. Kapitel: Das kausale Schuldanerkennnis im deutschen Recht .....</b>	<b>83</b>
§ 1. Die Entwicklung des kausalen Schuldanerkennnisses durch die Rechtsprechung .....	83
§ 2. Abschluss und Wirksamkeit .....	85
I. Tatbestandliche Voraussetzungen .....	85
1. Abschluss eines Vertrages .....	85
2. Streit oder Ungewissheit über das Bestehen der Schuld .....	85
3. Einseitiges Nachgeben des Schuldners .....	86
4. Formerfordernis .....	87
a. Analoge Anwendung des § 781 BGB .....	87

b. Erforderlichkeit der Form des festzustellenden Rechtsgeschäfts ..	88
II. Unwirksamkeit des kausalen Schuldanerkenntnisses .....	89
1. Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen für Verträge.....	89
a. Anfechtung wegen Irrtums gemäß § 119 BGB .....	90
b. Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung gemäß § 123 BGB.....	90
2. Analoge Anwendung des § 779 BGB .....	91
§ 3. Rechtsfolgen des kausalen Schuldanerkenntnisses .....	92
I. Ausschluss der Einreden und Einwendungen .....	92
1. Verzicht des Erklärenden auf Einreden und Einwendungen.....	93
2. Natur des Schuldanerkenntnisses als Prozessvertrag .....	93
3. Lehre von der Doppelnatur des kausalen Schuldanerkenntnisses ....	94
4. Vergleichsähnliche Charakter des kausalen Schuldanerkenntnisses .....	95
5. Zusammenfassung .....	96
II. Bestätigende und konstitutive Wirkung.....	96
III. Rechtswirkungen kraft Gesetzes .....	98
IV. Ausschluss der Kondiktion des kausalen Schuldanerkenntnisses.....	98
§ 4. Kritik an der Konstruktion des kausalen Schuldanerkenntnisses .....	100
§ 5. Abgrenzung zum Vergleich .....	101
§ 6. Anwendungsbereiche in der Praxis.....	104
I. Abtretungsbestätigung im Rahmen der Sicherungszession .....	104
1. Abtretungsbestätigung als abstraktes Schuldanerkenntnis.....	105
2. Abtretungsbestätigung als kausales Schuldanerkenntnis .....	105
3. Abtretungsbestätigung als rein tatsächliche Wissenserklärung .....	106
4. Differenzierende Betrachtung nach der Interessenlage.....	107
5. Zusammenfassung .....	109
II. Abschlusserklärung im Wettbewerbsprozess .....	109
1. Bedeutung des Eilverfahrens im Wettbewerbsprozess .....	109
2. Rolle der wettbewerbsrechtlichen Abschlusserklärung .....	110
3. Rechtsnatur der wettbewerbsrechtlichen Abschlusserklärung.....	110
III. Das kausale Schuldanerkenntnis im Schadensrecht .....	111
§ 7. Zusammenfassung.....	113
<b>5. Kapitel: Das einseitige nichtrechtsgeschäftliche Schuldanerkenntnis im deutschen Recht .....</b>	<b>115</b>
§ 1. Tatbestandliche Voraussetzungen.....	115
§ 2. Rechtsfolgen des rein tatsächlichen Anerkenntnisses .....	117
I. Wissenserklärung statt Willenserklärung.....	117
II. Indizwirkung im Rahmen der richterlichen Beweiswürdigung.....	118
1. Einseitige Anerkenntnis als „Zeugnis gegen sich selbst“ .....	118
2. Einseitige Anerkenntnis als „außergerichtliches Geständnis“ .....	119
3. Einseitige Anerkenntnis als Anscheinsbeweis .....	119

III. Umkehr der Beweislast durch das einseitige Anerkenntnis .....	121
1. Auswirkungen einer Beweislastumkehr .....	121
2. Begründung der Wirkung der Beweislastumkehr .....	122
IV. Neubeginn der Verjährung gemäß § 212 I Nr. 1 BGB .....	123
1. Voraussetzungen des Anerkenntnisses nach § 212 I Nr. 1 BGB ....	124
a. Geschäftsfähigkeit des Anerkennenden .....	125
b. Stellvertretung des Anerkennenden .....	125
c. Anfechtbarkeit durch analoge Anwendung der §§ 119 ff BGB... 125	
d. Inhaltliche Anforderungen an das Anerkenntnis .....	126
e. Erklärung des Anerkenntnisses .....	127
2. Schlussfolgerungen für das einseitige Anerkenntnis .....	127
V. Grundlage der Schadenersatzpflicht gemäß § 840 II 2 ZPO .....	128
VI. Ausschluss von Einreden und Einwendungen .....	129
VII. Kondition des rein tatsächlichen Anerkenntnisses .....	130
§ 3. Erscheinungsformen in der Praxis .....	130
I. Drittschuldnererklärung gemäß § 840 I Nr. 1 ZPO.....	130
1. Allgemeines .....	130
2. Rechtsnatur der Drittschuldnererklärung .....	131
3. Rechtsfolgen der Drittschuldnererklärung .....	132
a. Umkehr der Beweislast .....	132
b. Neubeginn der Verjährung gemäß § 212 I Nr. 1 BGB .....	133
II. Anerkenntniserklärungen des Versicherers .....	134
1. Rechtsnatur der Anerkenntniserklärung des Versicherers .....	134
a. Anerkenntnis als rein tatsächliche Wissenserklärung .....	134
b. Anerkenntnis als kausales Schuldanerkenntnis .....	135
2. Rechtsfolgen .....	136
III. Erklärungen nach Haftpflichtfällen .....	136
1. Anhaltspunkte für die Bestimmung der Rechtsnatur der Erklärung .....	136
2. Stellungnahme .....	138
IV. Erklärungen nach deliktischem Vorverhalten .....	138
§ 4. Zusammenfassung.....	139
<b>2. Teil: Das englische Recht .....</b>	<b>141</b>
<b>6. Kapitel: Grundlagen des englischen Vertragsrechts .....</b>	<b>141</b>
§ 1. Darstellung der Problematik .....	141
§ 2. Überblick über die Rechtsquellen.....	143
§ 3. Entwicklung des englischen Vertragsrechts .....	144
I. Entstehung des <i>Common Law</i> .....	144
II. Das System der <i>writs</i> .....	145
III. Entstehung der <i>Equity</i> .....	146
IV. Von den <i>writs</i> zum Law of Contract .....	147
<b>7. Kapitel: Das Schuldversprechen in Form der deed .....</b>	<b>150</b>

§ 1. Einleitung .....	150
§ 2. Abschluss und Wirksamkeit der <i>deed</i> .....	150
I. Formelle Voraussetzungen .....	151
1. Das Erfordernis der Unterzeichnung .....	151
2. Das Erfordernis der Abgabe .....	152
3. Das Erfordernis der Siegelung .....	154
II. Inhaltliche Voraussetzungen .....	156
1. Übertragung, Entstehung oder Feststellung von Rechten und Pflichten .....	156
2. Verpflichtungswille .....	157
III. Der Gegenstand der <i>deed</i> .....	158
1. Bedingbarkeit der Erklärung – <i>deed delivered as an escrow</i> .....	158
2. <i>Deed and penalty</i> .....	159
IV. Wirksamkeitsmängel der <i>deed</i> .....	160
1. Unwirksamkeit der <i>deed</i> selbst .....	160
a. Formelle Unwirksamkeitsgründe .....	160
b. Mängel des Verpflichtungswillens .....	160
2. Fehlen der <i>consideration</i> der <i>deed</i> .....	161
3. Unwirksamkeit aufgrund nachträglicher Abänderung oder <i>Aufhebung</i> .....	162
4. Unwirksamkeit aufgrund des Geschäftszwecks der <i>deed</i> .....	162
5. Zusammenfassung .....	163
§ 3. Rechtsfolgen der <i>deed</i> .....	163
I. Verzicht auf das Erfordernis der <i>consideration</i> .....	163
II. Klagbarkeit aus der <i>deed</i> .....	164
III. Ausschluss von Einwendungen und Einreden ( <i>Estoppel</i> ) .....	164
IV. Verteilung der Beweislast .....	165
V. Verlängerung der Verjährungsfrist .....	166
§ 4. Rechtliche Qualifikation der <i>deed</i> als <i>contract</i> .....	166
§ 5. Zusammenfassung .....	169
<b>8. Kapitel: Schuldversprechen mit vertraglicher Bindungswirkung – die <i>doctrine of consideration</i></b> .....	171
§ 1. Einleitung .....	171
§ 2. Rolle der <i>consideration</i> .....	171
§ 3. Definition des Erfordernisses der <i>consideration</i> .....	172
§ 4. Inhaltliche Anforderungen an die <i>consideration</i> .....	174
I. <i>Consideration need not to be adequate</i> .....	174
II. <i>Nominal consideration as good consideration</i> .....	176
III. <i>Valuable consideration in the eye of the law</i> .....	177
IV. <i>Past consideration is no good consideration</i> .....	180
1. Zeitliche Rahmen für die Erteilung einer hinreichenden Gegenleistung .....	181

2. Leistungen, die üblicherweise nur entgeltlich erbracht werden.....	182
3. Das Anerkenntnis der Schuld als hinreichende Gegenleistung .....	185
a. Anerkenntnis der Schuld im Dreipersonenverhältnis .....	186
b. Grundsatz im Zweipersonenverhältnis.....	188
c. Ausnahme aufgrund des rein tatsächlichen Vor- oder Nachteils.	190
V. Unterlassen (forebearance) als good consideration .....	194
VI. Moral obligation is no good consideration.....	197
§ 5. Bill of exchange und consideration.....	198
§ 6. Anerkenntnis einer bereits verjährten Forderung .....	198
§ 7. Rechtsfolgen eines Versprechens mit <i>good consideration</i> .....	199
§ 8. Zusammenfassung.....	200
<b>9. Kapitel: Das Schuldanerkenntnis in Form des account stated</b> .....	202
§ 1. Begriff des account stated.....	202
§ 2. Rechtliche Konstruktion des <i>account stated</i> .....	203
§ 3. Zusammenfassung.....	205
<b>10. Kapitel: Anerkenntnisse ohne Vertragscharakter – acknowledgment of debt</b> .....	206
§ 1. Historische Ursprung des <i>acknowledgment of debt</i> .....	206
§ 2. Formelle Anforderungen an das <i>acknowledgment</i> .....	208
I. Unterzeichnung der Erklärung .....	208
II. Schriftform der Erklärung .....	208
III. Stellvertretung beim <i>acknowledgment</i> .....	208
§ 3. Inhaltliche Anforderungen an das <i>acknowledgment</i> .....	209
I. Bestimmbarkeit des <i>acknowledgment</i> .....	209
II. Bestimmtheit des <i>acknowledgment</i> .....	210
III. Kommunikation des <i>acknowledgment</i> .....	211
IV. Zusammenfassung .....	211
§ 4. Parteien des <i>acknowledgment</i> .....	212
§ 5. Rechtsfolgen des <i>acknowledgment</i> .....	212
I. Wirkung inter partes .....	212
II. Wirkung gegenüber Dritten .....	213
III. <i>Acknowledgment</i> durch einen Minderjährigen .....	213
IV. Ausschluss der Rechtsfolgen bei Treuhand .....	213
V. Neubeginn der Verjährungsfrist .....	214
§ 6. Unanwendbarkeit der Regeln über das <i>acknowledgment</i> .....	214
§ 7. Zusammenfassung.....	215
<b>11. Kapitel: Schuldversprechen und die equitable doctrine</b> .....	216
§ 1. Einleitung .....	216
§ 2. Voraussetzungen für die Anwendbarkeit der <i>equitable doctrine</i> .....	217
I. Rechtsverhältnis zwischen den Parteien .....	217
II. Versprechen oder konkludentes Verhalten .....	218
III. Vertrauen des Erklärungsempfängers in das Versprechen.....	220



IV. Erfordernis eines Schadens auf Seiten des Versprechensempfängers .....	220
V. Unbilligkeit eines Widerrufs des Versprechens .....	221
§ 3. Rechtsfolgen eines Versprechens im Rahmen der <i>equitable doctrine</i> ...	222
I. Grundsatz der aufschiebenden Wirkung .....	223
II. Erlöschen der Rechte und Ansprüche als Ausnahme .....	223
III. Keine anspruchsbegründende Wirkung .....	224
IV. Abschnitt von Einreden und Einwendungen des Versprechenden ..	226
§ 4. Abgrenzung zu verbindlichen Schuldversprechen .....	227
§ 5. Vergleich der Lehre vom <i>promissory estoppel</i> innerhalb der <i>Common Law</i> -Jurisdiktion.....	228
§ 6. Zusammenfassung.....	230
<b>3. Teil: Rechtsvergleich</b> .....	231
<b>12. Kapitel: Rechtsvergleich und Folgerungen</b> .....	231
§ 1. Die abstrakte Schuldzusage im deutschen und im englischen Recht .....	231
I. Abstraktes Schuldanerkentnis und die Erklärungsform der <i>deed</i> .....	231
II. Abstraktes Schuldanerkentnis und die <i>doctrine of consideration</i> ...	238
§ 2. Der einseitig verpflichtende Feststellungsvertrag im englischen Recht.....	240
I. Einseitiger Feststellungsvertrag und <i>deed</i> .....	240
II. Einseitiger Feststellungsvertrag und die <i>doctrine of consideration</i> ..	241
§ 3. Anerkenntnisse ohne Vertragscharakter – <i>acknowledgment of debt</i> und Schuldanerkentnis gemäß § 212 I Nr. 1 BGB .....	246
<b>Thesen</b> .....	249
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	253
<b>Rechtsprechungsverzeichnis</b> .....	263